

ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

REGIONALE UNGLEICHHEIT IN FRANKREICH

Debatten und politische Empfehlungen

Nicolas Leron
Januar 2021



Die Debatte über regionale Disparitäten war in Frankreich lange geprägt von dem Gegensatz Metropole vs. Peripherie, wobei dieser räumliche Gegensatz auch für soziale Gegensätze stand.



Die sozial-räumlichen Gegensätze haben sich mittlerweile weiter ausdifferenziert und Frankreich ist zu einer von vielfältigen sozialen Bruchlinien durchzogenen »Archipelgesellschaft« geworden.



Im Gegensatz zu der lange Zeit verfolgten Politik der Metropolenbildung wird inzwischen vermehrt auf eine Stärkung der Gebietskörperschaften und einen »territorialen New Deal« gedrängt.

ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

REGIONALE UNGLEICHHEIT IN FRANKREICH

Debatten und politische Empfehlungen

Dieser Überblick basiert auf den Diskussionen des von der Friedrich-Ebert-Stiftung Paris am 5. November 2020 veranstalteten Seminars über regionale Ungleichheit.

1. VOM GEGENSATZ PARIS/PROVINZ ZUM GEGENSATZ GROSSSTADT/PERIPHERIE

Paris und die französische Wüste – schon der Titel dieses 1947 erschienenen Buches von Jean-François Gravier fasst die Problematik zusammen, die seit Jahrzehnten den Kern der regionalen Ungleichheit in Frankreich bildet. Lange herrschte die allgemeine Wahrnehmung vor, dass Paris den größten Teil des Reichtums des Landes abschöpfe – zum Nachteil des übrigen, als »Provinz« bezeichneten Landes. Noch ergänzt wurde dieser Gegensatz Paris/Provinz durch den berühmten Ausdruck der sogenannten »Diagonale der Leere«, wie Roger Brunet in den 1980er-Jahren den breiten bevölkerungsarmen Streifen bezeichnete, der Frankreich von den Ardennen bis südlich des Aveyron in zwei Hälften teilt. Lange Zeit, und wohl bis heute, haben die Französischen und Franzosen darunter gelitten, nicht wie ihre deutschen oder italienischen Nachbar_innen über ein für die Wirtschaft so förderliches Netz an Städten zu verfügen. Die Dominanz von Paris wurde von der französischen Bevölkerung jedoch nie wirklich infrage gestellt, da die Stadt als internationale Metropole es Frankreich ermöglicht, seine Stellung in der internationalen Gemeinschaft zu behaupten.

Im Versuch, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden, wurde Anfang der 1950er-Jahre die Politik der »Provinzmetropolen« eingeführt und diese 1963 mit der Schaffung der »Interministeriellen Abteilung für Raumordnung und Attraktivität der Regionen« (DATAR) auch institutionalisiert. Sie verfolgte ein einziges Ziel: ein Gegengewicht zu Paris zu schaffen, ohne dabei die Nachteile des Pariser Zentralismus auf regionaler Ebene zu wiederholen. Vor allem waren es jedoch die Gesetze zur Dezentralisierung von 1981, die mit dem Machtantritt der Linken den regionalen Zentren einen regelrechten Boom bescherten. Weiter gestärkt wurde die Bedeutung der großen Städte in Frankreich durch das MAPAM-Gesetz von 2014¹ und das NOTRe-Gesetz von 2015². Im Zuge dessen wurden 22 Metropolregionen mit erweiterten Zuständigkeiten geschaffen, darunter drei Metropolen mit Sonderstatus: Lyon, Aix-Marseille und der Großraum Paris.

¹ Gesetz Nr. 2014-58 vom 27. Januar 2014 über die Modernisierung der staatlichen Raumordnung und die Stärkung der Metropolregionen.

² Gesetz Nr. 2015-991 vom 7. August 2015 über die territoriale Neuordnung.

Um die Jahrtausendwende hat die alles umfassende »Hyperglobalisierung« mit ihren transnationalen und zersplitterten Wertschöpfungsketten immer wieder am jahrhundertalten Gegensatz Paris/Provinz gerüttelt und ihn durch den Gegensatz zwischen dem Frankreich der Metropolregionen und dem sogenannten »peripheren« Frankreich, zwischen dem Frankreich »von oben« und dem Frankreich »von unten« ersetzt. Unter diesem neuen räumlichen Gegensatz zeichnet sich auch ein sozialer Gegensatz zwischen Bevölkerungsgruppen ab, die sich zunehmend als konträr betrachten: Was die Bewohner_innen der Ballungszentren gewinnen, glauben die Bewohner_innen der Stadtränder und der Kleinstädte zu verlieren. Die soziale Frage wird zu einer regionalen Frage und ein neuer geografischer überlagert den alten sozialen Determinismus. In der kollektiven Vorstellung ersetzt der räumliche Abstand, die Entfernung des Wohnsitzes vom Stadtzentrum, das Gefälle zwischen den Einkommen bzw. Vermögen. Die renommierte Tageszeitung *Le Monde* veröffentlichte 2012 zum ersten Mal eine Umfrage, aus der hervorging, dass Marine Le Pen in den ca. 50 Kilometer von den Stadtzentren entfernten Vorstadtgürteln und Kleinstädten die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen konnte. Jenseits dieses Gürtels war sie aber wieder in der Minderheit (Wieder 2012). Frankreich ist zunehmend zu einer »Archipelgesellschaft« (Viard 1995) geworden, die von zahlreichen komplexen Bruchlinien durchzogen ist.

In die öffentliche Wahrnehmung gelangte diese räumliche bzw. »geografische Zäsur«³ vor allem durch die erfolgreichen Essays des Geografen Christophe Guilluy Anfang der 2010er-Jahre. Weitgehend unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit kursierte sein 2010 veröffentlichtes erstes Buch *Fractures françaises (Französische Risse)* in Politik- und Intellektuellenkreisen, bei Linken als auch bei Konservativen. Erst mit seinem Essay *La France périphérique : Comment on a sacrifié les classes populaires* aus dem Jahr 2014 setzte sich der neue Begriff des »peripheren Frankreichs« in der gesellschaftlichen Debatte durch und wurde gar zu einem geflügelten Wort. Abgesehen von der Frage nach der konzeptionellen Genauigkeit des Begriffs des »peripheren Frankreichs« illustriert er anschaulich das tiefe Unbehagen in der französischen Gesellschaft, das sich zunehmend in Wähler_innenstimmen für die extreme Rechte ausdrückt.

³ Ein vom Geografen Jacques Lévy geprägter Ausdruck. Vgl. Lévy, Jacques (1999): *Le tournant géographique. Penser l'espace pour lire le monde*. Belin Paris.

2. GEOGRAFIE DER TERRITORIALEN UNGLEICHHEIT

In ihrer Studie *Ungleiches Frankreich. Bericht über räumlich-soziale Unterschiede* haben die Sozialwissenschaftler Hervé Le Bras und Achille Warnant die vielfältigen Bruchlinien untersucht, die das Land auf verschiedenen Ebenen durchziehen (Le Bras/Warnant 2020). Wie die Autoren erklären, sind die räumlichen Ungleichheiten in Frankreich je nach gewähltem Maßstab äußerst unterschiedlich ausgeprägt. Sei es auf der regionalen Ebene oder innerhalb der Kommunen, das Land zeige sich jeweils von Grund auf verschieden. In den Worten von Le Bras »sind die Ungleichheiten fraktal. Die Unterschiede, die durch die Bildung eines Mittelwerts auf einer Ebene aufgehoben werden, treten auf der nächsten Ebene wieder hervor (ebd.).«

Diese unterschiedlichen territorialen Entwicklungen laufen vor dem Hintergrund einer schmerzlichen Herabstufung Frankreichs ab, die für ein Volk, das sich auf der Weltbühne immer in führender Rolle sah, beängstigend ist: Innerhalb von zwei Jahrzehnten ist Frankreich im Human Development Index vom 12. auf den 26. Platz abgerutscht, während Deutschland vom 14. auf den 6. Platz aufstieg.⁴

2.1 Ungleichheiten zwischen den Regionen

Auf regionaler Ebene unterscheidet Le Bras in seinen Untersuchungen die Regionen des französischen Festlands vor allem danach, ob sie besonders große Probleme oder eine eher positive Entwicklungsdynamik aufweisen. Die Kriterien, die er dabei anwendet, sind:

- die Arbeitslosenquote;
- der Anteil junger Menschen ohne Bildungsabschluss;
- die Armutsquote;
- der Anteil an Alleinerziehenden;
- die Einkommensungleichheit.

Regionen mit besonders großen sozialen Problemen sind demnach:

- der Nordosten Frankreichs, nördlich der Linie Caen-Belfort, einschließlich der Region Île-de-France, die große soziale Schieflagen, aber auch große sozioökonomische Vorzüge aufweist, jedoch ohne das Produktionsgebiet der Champagne südlich von Reims und das nördliche Elsass;
- die Mittelmeerküste mit der Region Languedoc-Roussillon und, in geringerem Maße, die Côte d’Azur;
- das Garonne-Tal (von Toulouse bis zum Atlantik).

Die Regionen, die deutlich besser abschneiden, sind:

- die Region Grand Ouest;
- das Zentralmassiv;

- das Gebiet südlich der Garonne;
- die Großregion Lyon.
(vgl. Le Bras/Warnant 2020).

Diese Unterscheidung zwischen zwei Typen von Regionen entspricht weitgehend den Untersuchungen des Wirtschaftswissenschaftlers Laurent Davezies,⁵ der Frankreich schematisch anhand von Entwicklungsverlauf, verfügbarem Brutto-Haushaltseinkommen sowie BIP pro Beschäftigtem bzw. Beschäftigter in vier Großregionen unterteilt:

- das Frankreich der Großstädte, das produktiv und dynamisch ist, Handel treibt und zum Vorteil der großen Städte in die globalen Wertschöpfungsketten eingebunden ist (36 Prozent der französischen Bevölkerung);
- die Region Grand Ouest, der Südwesten und der Südosten, die zwar über keine hohe Produktivität verfügen oder Handel betreiben, aber von den Einkommen aus dem öffentlichen Dienst und dem der Rentner_innen sowie aufgrund ihrer Lage vom Tourismus profitieren (44 Prozent der Bevölkerung);
- die noch aktiven und produktiven, aber stark im Niedergang begriffenen Industriegebiete im Nordosten Frankreichs (8 Prozent der Bevölkerung);
- und schließlich die sozialen Brennpunkte, die ebenfalls im Nordosten liegen, aber von Deindustrialisierung geprägt sind und in denen die Menschen hauptsächlich von Sozialtransfers leben (12 Prozent der Bevölkerung).

Der Bericht über den Zusammenhalt der Regionen des Generalkommissariats für territoriale Gleichberechtigung (*Commissariat général à l’égalité des territoires*, CGET)⁶ von 2018 unterscheidet ebenfalls vier Gebiete in Frankreich, die zum Teil allerdings einen anderen Zuschnitt als bei Davezies und Le Bras haben:

- den Bogen im Nordosten des Landes, in dem soziale, wirtschaftliche und demografische Unsicherheit zusammenkommen;
- die Küstenstreifen, von der Bretagne bis zur Region Provence-Alpes-Côte-d’Azur, und das Rhôneal, die von einer wirtschaftlichen und demografischen Dynamik profitieren;
- Île-de-France, die sich – wie viele Regionen weltweit – zu einer Metropolregion entwickelt hat und strukturell wenig Attraktivität als Wohnort aufweist;
- die Überseegebiete, die nach wie vor große Probleme mit Ungleichheit haben.

Auf regionaler Ebene ist laut Davezies seit den 1980er-Jahren ein Prozess der Annäherung von Beschäftigungsquoten und Einkommensniveaus zu beobachten. Neu ist allerdings die Entkopplung des Einkommensniveaus vom Produktions-

⁴ Vgl. United Nations Development Programme (2020): Human Development Index; <http://hdr.undp.org/en/content/latest-human-development-index-ranking>.

⁵ Vgl. Davezies, Laurent (2008): *La République et ses territoires. La circulation invisible des richesses*. Seuil Paris; ders. (2012): *La crise qui vient. La nouvelle fracture territoriale*, Seuil Paris; ders. (2015): *Le nouvel égoïsme territorial. Le grand malaise des nations*, Seuil Paris.

⁶ Das CGET ist eine Einrichtung der französischen Zentralverwaltung. 2020 ist das CGET durch die neue staatliche Agentur für territorialen Zusammenhalt (*Agence nationale de la cohésion des territoires*, ANCT) ersetzt worden.

niveau. Laut Davezies sind die Regionen nicht mehr nur von ihrem jeweiligen Wachstum geprägt, sondern auch von den Einkommen ihrer Bewohner_innen, die teilweise andernorts erwirtschaftet werden – entweder durch staatliche Umverteilung (Sozialleistungen, Arbeitslosenversicherung und Renten) oder durch eine Art private Umverteilung (berufliche Mobilität, Wohnsitzwechsel, Tourismus).

Beispielsweise erwirtschaftete Île-de-France 1976 27 Prozent des nationalen BIP und verfügte über 25 Prozent des Volkseinkommens; 2005 waren es bereits 28,6 Prozent des BIP und nur noch 22,2 Prozent des Volkseinkommens; und 2015 schließlich waren es schon 31 Prozent des BIP bei jedoch nach wie vor nur 22,2 Prozent des Volkseinkommens. Davezies weist darauf hin, dass die reichen Regionen und Städte zwar von den Produktionsfaktoren und der Wertschöpfung profitieren, aber gleichzeitig bei der Raumentwicklung (Einkommen, Beschäftigung im öffentlichen Dienst, Demografie) relative Verluste hinnehmen müssen. Die ärmeren Regionen hingegen erfreuen sich einer im Vergleich deutlich positiveren Entwicklung und scheinen daher als Gewinner aus dem System der Wohlstandstransfers hervorzugehen.

2.2 Ungleichheiten zwischen den Kommunen

Le Bras betont, dass in den großen Ballungsgebieten die Ungleichheiten stärker ausgeprägt sind, da sowohl der Anteil der Reichen als auch der der Armen Bevölkerungsschichten zugenommen hat. Zudem führen die Unterschiede zwischen Großstädten, Kleinstädten und ländlichen Gebieten zu viel stärkeren Gegensätzen innerhalb einer Region als zwischen den einzelnen Regionen. Hier zeigt sich der neue Gegensatz zwischen dem Frankreich der Metropolen und dem »peripheren Frankreich«.

Frankreich der Metropolen

Im Frankreich der Metropolen bzw. der Stadtkerne finden sich Student_innen, Hochschulabsolvent_innen, leitende Angestellte und damit eher hohe Einkommen. Es umfasst die zehn großen französischen Ballungsgebiete: Paris, Lyon, Grenoble, Montpellier, Toulouse, Bordeaux, Nantes, Rennes, Straßburg und Lille, die mit einer Quote von mehr als 50 Prozent Hochschulabsolvent_innen an der Spitze des Rankings stehen. Es folgen einige mittlere Universitätsstädte: Poitiers, Orléans, Rouen, Aix-en-Provence, Dijon, Nancy, Besançon und Clermont-Ferrand. Städte mit einer eher schwachen Hochschultradition wie Nîmes, Mulhouse oder Le Havre, die eine noch niedrigere Quote an Hochschulabsolvent_innen und damit auch eine geringere Zahl an leitenden Angestellten aufweisen, bilden den Randbereich dieses Frankreichs der Metropolen.

Wie die Studie *Dynamiques et inégalités territoriales (Regionale Dynamiken und Ungleichheiten)* des dem Premierminister unterstellten staatlichen Prognoseinstituts *France Stratégie* hervorhebt, bilden sich, wie es weltweit zu beobachten ist, auch in Frankreich Metropolregionen heraus. Diese Entwicklung kommt allerdings nur dem Südosten des Landes zugute, während der Nordosten ins Hintertreffen

gerät. Dies entspricht auch der Aufteilung von Davezies. Auf die fünfzehn städtischen Gebiete mit mehr als 500.000 Einwohner_innen entfallen 40 Prozent der französischen Bevölkerung und 55 Prozent der Lohnsumme. Sie machen mehr als 50 Prozent der Wirtschaftstätigkeit des Landes aus, 75 Prozent des zwischen 2000 und 2010 verzeichneten Wachstums sowie 70 Prozent des privaten Beschäftigungszuwachses zwischen 2007 und 2014. Das Pro-Kopf-BIP ist im Durchschnitt um 50 Prozent höher als im Rest des Landes.

Frankreich der Kleinstädte, der Stadtränder und der ländlichen Gebiete

Noch größer ist die Kluft zu kleinen Städten und ländlichen Gebieten, in denen oft weniger als 20 Prozent der Bevölkerung über einen Hochschulabschluss verfügen. Der Anteil von Arbeiter_innen und allgemein von Haushalten mit niedrigem Einkommen folgt dem entgegengesetzten Muster: In kleinen Städten und ländlichen Gebieten ist er überdurchschnittlich groß und wird immer kleiner, je weiter man sich den großen Stadtzentren nähert. Der Anteil an »Gelbwesten« war in diesen Gebieten, von denen sich der Staat abgewandt zu haben schien, im Verhältnis zur Bevölkerung übrigens am größten.

Die sozialen Probleme häufen sich auch in Gemeinden, die nicht an ein nahegelegenes städtisches Gebiet angebunden sind, also im Wesentlichen Gemeinden in den dünn besiedelten Gebieten der »Diagonale der Leere« (von den Ardennen bis südlich des Aveyron), den Bergregionen (Alpen und Pyrenäen) und den Anbaugebieten im Département Landes. Dort ist der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, einschließlich wesentlicher Einrichtungen wie Krankenhäusern, erschwert.

2.3 Ungleichheiten innerhalb der Kommunen

Die größten räumlich-sozialen Ungleichheiten sind innerhalb der großen Ballungsgebiete und ganz allgemein innerhalb von Kommunen zu beobachten. In absoluten Zahlen gesehen konzentriert sich die Armut in den großen Ballungszentren, wo 77 Prozent der Bevölkerung leben, deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt.

Am größten sind die sozialen Ungleichheiten in Île-de-France, wo das Verhältnis zwischen dem ersten und dem letzten Einkommensdezil 4,5 beträgt (im Vergleich zu durchschnittlich 3 im Rest des Landes). 15,6 Prozent der dortigen Bevölkerung lebte 2014 unterhalb der Armutsgrenze (ein Prozentpunkt mehr als im französischen Durchschnitt), allerdings mit großen örtlichen Unterschieden (28,6 Prozent in Seine-Saint-Denis gegenüber 9,5 Prozent in Yvelines) und noch verstärkt seit der Krise von 2008 (+3,4 Punkte in ganz Île-de-France, +7,1 Punkte in Seine-Saint-Denis und +2,2 Punkte in Yvelines).

Toulouse ist ein weiteres anschauliches Beispiel für ausgeprägte sozioökonomische Ungleichheiten innerhalb von Ballungsräumen. Obwohl Toulouse im Hinblick auf das Beschäftigungswachstum (+1,6 Prozent pro Jahr im Zeitraum

2003 bis 2013) an der Spitze der französischen Ballungsgebiete steht – vor allem dank der wirtschaftlichen Dynamik durch den größten Industriestandort Frankreichs (Airbus mit 11.500 Beschäftigten) und ganz allgemein durch ein leistungsfähiges Wirtschaftssystem im Zusammenhang mit Forschung und Entwicklung (10.000 Wissenschaftler_innen und 110.000 Studierende) – sind einige der Arbeiter_innenviertel in Toulouse mit Armutsquoten von über 50 Prozent vollkommen abgehängt.

Der Forschungsdirektor des IFOP, Jérôme Fourquet, zeigt in seinem Buch *L'archipel français*, dass diese räumlich-sozialen Gegensätze innerhalb von Gemeinden auch in mittelgroßen Städten vorkommen, wie z. B. in Carcassonne, wo im Stadtteil Ozanam, obwohl er nahe am historischen Zentrum liegt und nur wenige hundert Einwohner_innen hat, vor dem Hintergrund der Verarmung der gleiche fatale Cocktail aus Kleinkriminalität, Drogenhandel und islamistischer Radikalisierung zu beobachten sei (Fourquet 2019). Im Jahr 2020 hat jede große oder mittlere französische Stadt, einschließlich der eher bürgerlichen, ihren »Problembezirk«, häufig mit einem überdurchschnittlich großen Anteil an Bewohner_innen mit arabisch-muslimischem Migrationshintergrund und verbreitetem illegalen Cannabishandel.

3. DIE GEOGRAFISCHE VERTEILUNG DER WÄHLER_INNEN DER EXTREMEN RECHTEN IN FRANKREICH

Die geografische Verteilung der Wähler_innen der extremen Rechten deckt sich mit der der sozioökonomischen Probleme in Frankreich – allerdings mit der bemerkenswerten Ausnahme der großen Metropolen, in denen eher links-populistische Parteien von sozial benachteiligten Wähler_innen in den Arbeiter_innenvierteln gewählt werden. Der *Front National* (FN), 2018 in *Rassemblement National* (RN) umbenannt, wusste den Unmut eines wachsenden Teils der französischen Bevölkerung in diesen abgehängten Gebieten, für die sich der Begriff des »kleinen weißen Mannes« eingebürgert hat, perfekt für sich zu nutzen: Dies sind einheimische Arbeiter_innen und Angestellte, insbesondere im Nordosten Frankreichs, von der Globalisierung niedergewalzt und wütend, dass Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund aus dem Maghreb und Schwarzafrika vermeintlich staatliche Sozialhilfe »abgreifen«. Während die Stimmgebiete der Rechtsextremen traditionell im Südosten lagen, hat Marine Le Pen nach und nach den Norden und Osten Frankreichs erobert. 2017 wurde sie dort selbst zur Parlamentsabgeordneten gewählt.

Die Wahllandkarte des ersten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen 2017 zeigt ein neues Bild, auf dem Grau, Schwarz oder Violett (die Farben, die üblicherweise den RN darstellen) dominieren und sich wie ein unaufhaltsames Krebsgeschwür überall einnisten. Marine Le Pen gewann den ersten Wahlgang in 19.000 (von 35.000) Gemeinden, die fast die Hälfte der Landesfläche bedecken. In einigen

Gemeinden im Norden errang sie im ersten Wahlgang mehr als 40 Prozent der Stimmen.

Die Wähler_innen des RN konzentrieren sich auf die folgenden Regionen und auf kommunaler Ebene vor allem auf kleine und mittelgroße Gemeinden des stadtnahen Umlands:

- den Nordosten, einschließlich der wirtschaftlich dynamischen Produktionsgebiete der Champagne und des Elsass, mit Ausnahme von Île-de-France, abgesehen von einem Teil des Departements Seine-et-Marne, sowie Zentralfrankreich und das Umland von Lyon;
- die Mittelmeerküste;
- das Garonne-Tal.

Jérôme Fourquet stellt fest, dass sich diese Wahllandkarte der extremen Rechten mit der Karte der angelsächsischen Vornamen (»Kevin«, »Dylan«) überlagert, die bei der Arbeiterklasse beliebt sind und in der Oberschicht verachtet werden, sowie mit der Karte der Regionen, in denen die höchsten Anteile an Raucher_innen zu finden sind. Beides spiegelt seiner Meinung nach eine Form der kulturellen Emanzipation der Arbeiterklasse von den kulturellen Werten und Geboten der herrschenden Klassen wider (ebd.: 119).

Umgekehrt findet man die Wähler_innen von Jean-Luc Mélenchon, des Kandidaten der populistischen Linken, vor allem in bestimmten Städten oder Stadtvierteln der großen Ballungszentren, in denen gut qualifizierte, aber prekär beschäftigte Bevölkerungsgruppen leben, die sich mit der Arbeiterklasse der afrikanischen Einwanderer_innen solidarisieren. Die Arbeiter_innenstadt Marseille, wo Mélenchon im ersten Wahlgang mit 24,8 Prozent den ersten Platz belegte, symbolisiert den Gegenpol zum elitären Paris, wo Macron 34,8 Prozent der Stimmen erhielt (und fast 90 Prozent im zweiten Wahlgang).

4. DIE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE FÜR DIE RAUMORDNUNGSPOLITIK

Seit Beginn der 2000er-Jahre hat sich die französische Raumordnungspolitik zunehmend auf das Konzept der sogenannten »Neuen Ökonomischen Geografie« gestützt. Sie betrachtet Regionen nicht mehr als das Ergebnis sozio-ökonomischer Entwicklungen, sondern vielmehr als Bestandteil und als Ursache dieser Entwicklungen.

Zentraler Begriff ist der des »Agglomerationseffekts«: Die räumliche Konzentration von Ressourcen (Kapital, Infrastruktur, Wissen und Talenten) führt zu einem Produktivitätszuwachs und erhöhter Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Sie ermöglicht eine effizientere gemeinsame Nutzung von Produktionsgütern und Betriebsmitteln, ein besseres Matching auf dem Arbeitsmarkt, örtlich eingegrenzte technologische Außeneffekte (da die physische Entfernung nach wie vor den für Innovationen unerlässlichen geistigen Austausch bremst) und den Austausch von Informationen und Erfahrungen über Exportmöglichkeiten in

bestimmte Länder. Sie erzeugt aber auch Überlastungseffekte (Verkehrsbelastung, hohe Grundstückspreise, Luftverschmutzung), die wiederum die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen, und manchmal auch die Gefahr einer Überspezialisierung, welche die Region den Launen der Weltwirtschaft aussetzt.

Nach dieser Theorie hat folglich jedes Land großes Interesse daran, die Bildung von Metropolregionen voranzutreiben, d. h. öffentliche und private Investitionen auf Regionen zu konzentrieren, welche die besten Voraussetzungen für die Einbindung in die globalen Wertschöpfungsketten aufweisen. Die Herausforderung für die Politik besteht dann darin, die Transfers der wettbewerbsfähigeren an die weniger wettbewerbsfähigen Regionen des Landes zu reduzieren (wobei Letztere einen Teil des umverteilten Reichtums durch den Import von Produkten aufzehren). Diese Transfers zwischen den Regionen schränken überdies die Fähigkeit der reicheren Regionen ein, ihre eigenen Entwicklungsprobleme zu lösen (Verkehrsbelastung, hohe Armut in bestimmten Stadtvierteln). *France Stratégie* fasst den neuen Ansatz wie folgt zusammen: »Vor dem Hintergrund der Mittelknappheit muss über die geografische Verteilung staatlicher Investitionen entschieden werden. Eine Kompromisslösung könnte darin bestehen, die Investitionen auf die Metropolregionen, aber auch auf die am stärksten vom Abstieg gefährdeten Regionen zu konzentrieren, während in den zwischen diesen Extremen liegenden Regionen weniger investiert wird« (France Stratégie 2016: 7).

Die Politik steht dann vor der Aufgabe, die Mobilität der Menschen zwischen den Regionen zu gewährleisten: Die Menschen sollen sich dorthin bewegen, wo es Arbeit gibt (*»people to jobs«*), statt umgekehrt Arbeitsplätze in den Regionen zu schaffen, in denen die Menschen leben, wie es nach dem alten Konzept der staatlichen Raumordnung und -entwicklung üblich war. Politik sollte folglich nicht mehr vorrangig regionale Ungleichheiten bekämpfen, sondern vielmehr Hindernisse für die Wohnmobilität beseitigen.

Die wichtigsten Vorschläge der die Regierungen beratenden wirtschaftlichen Beratungsinstanzen sind (s. hierzu insbesondere: Askenazy/Martin 2015):

- die Umschichtung von Nahverkehrsinvestitionen in die Bewältigung der Verkehrsüberlastung in großen Ballungsräumen;
- eine konsequente Wohnungspolitik in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte durch:
 - die Subventionierung umfangreichen Wohnungsbaus;
 - die Abschaffung der Grunderwerbssteuer beim Verkauf einer Wohnung;
 - die Regulierung privater Mieten in großen Ballungsräumen;
 - die Verbesserung und Flexibilisierung des Angebots an Sozialwohnungen;
- die Verringerung der Zahl der Exzellenzcluster, um die Ressourcen in den verbleibenden konzentrieren zu können.

Einige Studien kritisieren jedoch diesen Ansatz der regionalen Wettbewerbsfähigkeit. Die Wissenschaftler Olivier Bouba-Olga und Michel Grossetti weisen zum Beispiel darauf hin, dass Agglomerationseffekte zwar statistisch nachgewiesen seien, ihre Bedeutung jedoch recht gering sei. Am Ende zählten nicht so sehr Größeneffekte, sondern Spezialisierung und Hierarchie, das Erbe historischer Entscheidungen und die Zugehörigkeit zu bestimmten strukturell mehr oder weniger dynamischen Großregionen (Bouba-Olga/Grossetti 2015). So lasse sich die offenkundig große Produktivität der Île-de-France in erster Linie durch die Zusammensetzung der dortigen Wirtschaft (Branchen mit hoher Wertschöpfung wie Finanzwirtschaft, Marketing, Forschung und Entwicklung) und durch Hierarchieeffekte, also die Häufung hoher Einkommen (aufgrund vieler Firmensitze und der damit einhergehenden Führungspositionen) erklären. Beide Faktoren hingen mit der politischen Geschichte des Landes zusammen und seien eher eine Art Rendite für die Region als ein Beleg für deren tatsächliche Wettbewerbsfähigkeit (Larceneux 2018). Bouba-Olga und Grossetti untersuchten zudem die Kosten dieser Politik der Metropolregionbildung – Kosten im Sinne der durch diese Politik verursachten Spaltung und des Abstiegs der benachteiligten Regionen. Auch weisen sie auf hochproduktive Regionen hin, die keine Metropolregionen seien und von denen man lernen könne. Zudem sei problematisch, dass die Politik der Metropolregionbildung eines der wesentlichen Merkmale Frankreichs und seiner Identität außer Acht lässt, nämlich seinen ländlichen Charakter. Sie entziehe der Peripherie staatliche Mittel, Beamt_innen und Verwaltungsinfrastruktur. Schließlich zeige die Erfahrung mit der Finanzkrise und der Corona-Pandemie, dass eine fortwährende Bündelung von Ressourcen das gesamte System destabilisiere, da sie die (epidemische bzw. finanzielle) Ausbreitung noch beschleunige.

Die Studie *Territoires, bien-être et politiques publiques* des dem Premierminister unterstellten Conseil d'analyse économique (Rat für Wirtschaftsanalysen) relativiert ebenfalls den Nutzen der Politik der Metropolregionbildung (Algan et. al. 2000). Sie belegt einen Zusammenhang zwischen dem Umfang der »Gelbwesten«-Demonstrationen und dem abnehmenden Wohlbefinden der Menschen in ihren Wohnorten, insbesondere gemessen an der Beschäftigungsquote und dem Vorhandensein öffentlicher Infrastruktur und von Einzelhandelsgeschäften. Infolge der steigenden Wohnkosten in den Großstädten nimmt die Wohnmobilität ab und das Pendeln zwischen Wohnort und Arbeitsstätte nimmt zu. Die Studie schlägt daher vor, nicht die Bildung von Metropolregionen, sondern das Wohlbefinden der Menschen in ihren Wohnorten zu fördern, insbesondere indem die Beschäftigung in weniger attraktiven Regionen sowie Projekte der Gemeinden technisch und finanziell unterstützt werden. Ganz allgemein stellt die Studie Überlegungen zur Umgestaltung der öffentlichen Dienstleistungen in den Vorstadtgürteln und ländlichen Gebieten an. So solle insbesondere ein Netz von zentralen Anlaufstellen für kommunale öffentliche Dienstleistungen (*France Services*) eingerichtet werden. Statt alles digital zu erledigen, soll so der soziale Zusammenhalt gewahrt werden. (Es sei daran erinnert, dass

ein Drittel der Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohner_innen keinen Zugang zu Breitband-Internet hat).

Die Studie *Ungleiches Frankreich. Bericht über räumlich-soziale Unterschiede* von Hervé Le Bras und Achille Warnant zieht eine Reihe von Schlüssen aus ihrer Kritik am System der regionalen und sozialen Umverteilung, zu der die französische Dezentralisierung geführt hat.

Le Bras und Warnant (2020) machen folgende Vorschläge:

- Die Rolle des Staates in der Raumplanung solle neu definiert werden. Dazu müsse der vertikale finanzielle und steuerliche Lastenausgleich reformiert werden, indem die Kriterien für die Mittelzuweisung an die Gebietskörperschaften entsprechend ihrer Ressourcen und ihrer finanziellen Belastung angepasst werden.
- Der Ausbau der Glasfaser- und Breitbandnetze in den Regionen solle beschleunigt werden, um allen Haushalten, Unternehmen und Verwaltungsbehörden den Zugang zum leistungsstarken Internet zu gewähren.
- Den Gebietskörperschaften sollten mehr Rechtsetzungs- und Haushaltsbefugnisse übertragen werden, damit sie mit geeigneten Mitteln gegen alle Formen der Ungleichheit vorgehen können.
- Durch Gegenseitigkeitsvereinbarungen und die Umsetzung gemeinsamer Projekte sollten neue Formen der gegenseitigen Ergänzung und der Zusammenarbeit zwischen Großstädten und ihrem Umland entwickelt werden.

Dieser letzte Vorschlag bezieht sich auf ein neues Konzept der gegenseitigen Ergänzung der Regionen, das auch bei Wissenschaftler_innen und Innovationsträger_innen in den Regionen Anklang findet. Dabei werden Großstädte in einem sehr viel umfassenderen räumlichen Zusammenhang betrachtet, der die vorstädtischen und die umliegenden ländlichen Gebiete (das »Hinterland«) einbezieht. Nach Pierre Veltz basiert das neue Entwicklungsmodell auf dem Dreiklang Mensch – System – Region, d. h. auf der Schaffung von stark an den kleinen Gebietseinheiten ausgerichteten kollektiven Systemen. Der Wettbewerb spiele sich nicht mehr zwischen den Regionen im engeren Sinne ab, sondern zwischen Lebensräumen, in denen es um tragfähige Beziehungen zwischen den verschiedenen Beteiligten, den Regionen und Kommunen geht, d. h. um ihre Fähigkeit, durch Kooperation, Nachahmung und gegenseitige Ergänzung starke Synergieeffekte zu schaffen. Darüber hinaus stelle Frankreich in der Weltwirtschaft eine Art Megastadt dar, ein »Metropolen-« bzw. »Städte-Frankreich«, wie Veltz es nennt, um die Idee einer vernetzten französischen Metropole zu unterstreichen (Veltz 2019).

Eine all dies übergreifende Kritik möchte den Entwicklungsmodellen und ähnlichen »Modeerscheinungen«, wie z. B. der sogenannten »Lokalen Aktiengesellschaft« (*société publique locale*, SPL), dem Cluster-Modell oder auch der Metropolenbildung ein Ende setzen. Nach dieser Auffassung liegt die größte Schwierigkeit im »Hobbes'schen« Selbstverständnis der staatlichen Behörden: Jede ziehe sich auf ihr

eigenes Hoheitsgebiet und auf ihre Verwaltungsbefugnisse zurück, obwohl die Einwohner_innen und Wirtschaftsakteure diese administrativen Grenzen ständig überschreiten müssten. Diese Hobbes'sche Verwaltungskultur der Regionen und Kommunen verhindere, eine entscheidende Komponente im Kampf gegen die räumlich-sozialen Ungleichheiten: die gebietsübergreifende Zusammenarbeit. Die realen Gebiete seien viel flexibler als die institutionalisierten Gebietskörperschaften. Erst die gebietsübergreifende Zusammenarbeit versuche, das Problem der räumlichen Mobilität anzugehen, das in den Entwicklungsmodellen im Allgemeinen vergessen werde.⁷ Der sozialistische Senator Eric Kerrouche schlägt daher die Einführung gebietsübergreifender Abkommen (auf Ebene der Departements bzw. zwischen den Departements) vor, die »durch Zusammenarbeit zwischen allen Regierungsebenen einen Zugang zu und die gleichberechtigte Verteilung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen für alle Bürger_innen des betreffenden Gebiets in weniger als 30 Minuten sicherstellen.« Dabei gelte es, »insbesondere die kontinuierliche Bereitstellung von Dienstleistungen zwischen den Gebietskörperschaften zu gewährleisten, vor allem im Bereich der Verkehrs- und Versorgungsnetze (öffentlicher Nahverkehr, sanfte Mobilität, Abfallentsorgung, Wasserversorgung usw.)«⁸.

Durch die Abkehr von vertikalen Strukturen, sei es *top-down* (staatlicher »Paternalismus«) oder *bottom-up* (staatlicher »Maternalismus«) könne das Problem völlig neu betrachtet werden: einerseits als Frage des kollektiven Wohlbefindens – mit sehr großen regionalen Unterschieden bezüglich öffentlicher und privater Einrichtungen; andererseits als Frage der Verwaltungsführung auf den zahlreichen Ebenen der Gebietskörperschaften, aber auch als Frage der erhöhten Mobilität (zum Beispiel pendeln 1,3 Millionen Vorortbewohner_innen zum Arbeiten nach Paris, ohne sich aber an den politischen Entscheidungen der Stadt beteiligen zu können). Noch grundlegender gehe es um *Einheitlichkeit* der staatlichen Macht (im Gegensatz zur staatlichen *Vereinheitlichung*) durch eine Kultur der gebietsübergreifenden Zusammenarbeit, denn heute funktioniere der Dialog zwischen dem Staat und den Gebietskörperschaften nur sehr schlecht.⁹

5. DER DISKURS VON DER RÜCKKEHR DES STAATES

Inmitten von Globalisierung und globalen Herausforderungen befeuern Warnungen vor dem sogenannten »Regionalismus« den Diskurs von der Rückkehr des Staates. In seinem Essay *Slow Démocratie* (2020) argumentiert David Djaïz, die Idee der Nation sei keineswegs veraltet und nur

⁷ Siehe Seminar über territoriale Ungleichheit der Friedrich-Ebert-Stiftung Paris vom 5. November 2020.

⁸ Beschlussvorschlag Nr. 515 des Senats für eine neue Phase der Dezentralisierung, vorgelegt von Senator Eric Kerrouche und anderen, Juni 2020. Siehe auch: Bauby, Pierre (2015): *Territorialiser l'action publique*. In: *Fondation Jean-Jaurès*; <https://jean-jaures.org/nos-productions/territorialiser-l-action-publique>.

⁹ Siehe Seminar über territoriale Ungleichheit der Friedrich-Ebert-Stiftung Paris vom 5. November 2020.

die Nation – mithilfe des Staates – in der Lage, trotz der stark polarisierenden Globalisierung ein hohes Maß an sozialer und geografischer Solidarität herzustellen und zu bewahren. Der Nationalstaat könne und müsse die Rolle einer »Schleuse für die Globalisierung« (Djaiz 2019) spielen, d. h. er müsse bestimmte Wertschöpfungsketten aus der Weltwirtschaft herauslösen, die für die Regionen und die dort ansässigen Arbeitsplätze sowie für bestimmte Aspekte der strategischen Unabhängigkeit des Staates unerlässlich seien. Im gleichen Zuge müsse der Nationalstaat durch einen »territorialen *New Deal*« auch in seine Gebiete außerhalb der großen Ballungsräume investieren, um dort die Exportwirtschaft und mobile Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung oder hohem technischen Anspruch zu fördern. Im Wesentlichen gehe es darum, die bekannten Erfolge bestimmter Regionen im Exportgeschäft (Les Herbiers in der Vendée, Fougères und Vitré in Ille-et-Vilaine, Oyonnax in Ain, Vire in Calvados) sowie im Bereich nachhaltige und Kreislaufwirtschaft (das »Biovalley« in der Drôme) durch entschlossene Impulse der öffentlichen Hand zu verbreiten und zu skalieren.

Die zunehmende Bedeutung der Klimawende und die Erkenntnis, dass Marktmechanismen nicht ausreichen, um diese Wende erfolgreich zu vollziehen, begünstigen die Rückkehr einer Staatsgewalt, die öffentliche Dienstleistungen hochhält und in die Offensive geht. Auch angesichts von Stimmen, welche die Anstrengungen und die finanziellen Mittel für die Klimawende nach Regionen differenzieren wollen, ist ein strategisch handelnder und umverteilender Staat mit seinen Möglichkeiten der Besteuerung und der staatlichen Investitionen weiterhin notwendig. Dabei zeichnet sich eine neue politische Formel ab, die unter der Lösung der Rückkehr des Staates den notwendigen Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, territorialen Zusammenhalt und demokratische Erneuerung miteinander verknüpft.

Diese Rückkehr des Staates geht mit einem Wiederaufleben des republikanischen Gedankens einher, der sich jetzt auch auf ökologische Gemeingüter erstreckt. Ganz in diesem Sinne hat der ehemalige sozialistische Premierminister Bernard Cazeneuve den Grundsatz einer republikanischen und territorial unterschiedlichen Herangehensweise an die von ihm geprägte »große ökologische Wende« (Cazeneuve 2019) aufgestellt. Alexandre Escudier, Politikwissenschaftler an der Sciences Po, schlägt vor, diesen neuen Rahmen staatlichen Handelns, der Lösungen für eine nachhaltige Umwelt-, Sozial-, Territorial- und Demokratiepoltik finden soll, »nachhaltigen Republikanismus« zu nennen (Escudier 2020). Im Einklang mit der Idee des Staates und der Gemeingüter ermögliche es der »nachhaltige Republikanismus«, die wichtigsten Errungenschaften der Politik (Sicherheit, Freiheit, Wohlstand) im Lichte der sozialen, territorialen und ökologischen Gerechtigkeit neu zu bewerten. Auf diese Weise erhalte die Frage des Wirtschaftswachstums und der Besteuerung wieder einen zentralen Platz, ohne dabei jedoch die Wirtschaft als einzigen Fixpunkt zu betrachten und die Politik dabei aus den Augen zu verlieren. Angesichts des unterschiedlichen Ausmaßes der Herausforderungen, vor denen das staatliche Handeln steht, argumentiert der »nachhaltige

Republikanismus« im Sinne einer vielschichtigen Staatsmacht und zielt auf eine Vereinbarkeit von nationaler und europäischer Ebene ab.

6. DIE RELATIVE BEDEUTUNGSLOSIGKEIT DER EU IN DER RAUMORDNUNGSPOLITIK

Es verwundert nicht, dass die wichtigsten genannten Studien die europäische Ebene nicht erwähnen. Als Raumordnungspolitik gibt es zwar auf dem Papier die sogenannte Kohäsionspolitik der Europäischen Union mit ihren umfangreichen Strukturfonds. In Wirklichkeit, insbesondere in Bezug auf die Höhe der zugewiesenen Mittel, bleiben die europäischen Maßnahmen aber begrenzt und können keinerlei systemische Wirkung entfalten. Die EU verfolgt den Ansatz, einen finanziellen Ausgleich für einen erschwerten Zugang zu ihrem Binnenmarkt zu gewähren, was aber zulasten eines strukturellen Ansatzes in der Raumordnungspolitik geht.¹⁰

So belaufen sich die europäischen Mittel für Frankreich auf 26,7 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014 bis 2020, das sind 3,8 Milliarden Euro pro Jahr (0,16 Prozent des französischen BIP). Obwohl die europäische Kohäsionspolitik mehr als ein Drittel des EU-Haushalts ausmacht, liegt ihr Anteil am europäischen BIP bei nur 0,3 Prozent und ist damit weit entfernt von der Empfehlung der Vereinten Nationen in Bezug auf Entwicklungshilfe für arme Länder (0,7 Prozent des BIP). Bei einem Gesamtbudget der EU von nur rund 1 Prozent des BIP bzw. 2 Prozent der Steuern oder 2,5 Prozent der staatlichen Ausgaben in Europa kann dies auch gar nicht anders sein (der US-Bundeshaushalt entspricht 25 Prozent des BIP und 66 Prozent der Steuern). Darüber hinaus könnte das Europäische Konjunkturprogramm dazu führen, dass die Mitgliedstaaten die europäischen Finanzmittel zentralstaatlich verwalten und nicht den Regionen zur Verwaltung überlassen. Für Davezies ist offensichtlich: Mangels eines wirklich europäischen Modells vollziehe sich der Ausgleich zwischen den Regionen im Wesentlichen innerhalb der Staaten nach Maßgabe einer Art »fragmentierter Kohäsion«. Dieses Modell begünstige die armen Regionen der reichen Mitgliedstaaten und benachteilige die reichen Regionen der armen Mitgliedstaaten. So profitiere beispielsweise Toulouse, obwohl es reicher als Barcelona sei, von Transfers aus Paris, während Barcelona die armen Regionen Spaniens unterstütze (Davezies 2015: 48).

Dass die EU in der französischen Debatte über territoriale Ungleichheiten kaum eine Rolle spielt, lässt sich dadurch erklären, dass es bis heute keine wirkliche europäische Staatsgewalt gibt, die in der Lage wäre, eine wirksame Politik zur Verringerung der territorialen Ungleichheiten umzusetzen, zum einen aufgrund ihres geringen Haushaltsvolumens, zum anderen aufgrund der Herkunft ihrer Haushaltsmittel (die hauptsächlich aus den mitgliedstaatlichen Beiträgen stammen). In der Diskussion ist daher, die EU so auszustat-

¹⁰ Siehe Seminar über territoriale Ungleichheit der Friedrich-Ebert-Stiftung Paris vom 5. November 2020.

ten, dass sie selbst öffentliche Leistungen anbieten kann, die ohne Rücksicht auf Nationalität oder regionale Herkunft direkt den europäischen Bürger_innen zugutekommen. Wie Davezies betont, »erreichen erstaunlicherweise ausgerechnet die politischen Maßnahmen, die nicht speziell auf die Regionen abzielen, die größten Auswirkungen in den Regionen« (Davezies 2012: 52). Xavier Ragot, Wirtschaftswissenschaftler am *Observatoire français des conjonctures économiques* (OFCE), entwickelte daher die Idee einer europäischen Arbeitslosenversicherung (Ragot 2019).

Noch weiter gehen Michel Aglietta und Nicolas Leron (2017), welche die Stärkung der europäischen Demokratie durch eine eigene europäische Besteuerung vorschlagen: Die EU solle in die Lage versetzt werden, den großen privaten Reichtum, der erst durch den Binnenmarkt entstanden sei, zu besteuern (mittels einer CO₂-Steuer, einer Finanztransaktionssteuer oder einer europäischen Körperschaftsteuer). Dem Europäischen Parlament solle endlich eine echte Haushaltsbefugnis verliehen werden, mit der es europäische öffentliche Güter und Dienstleistungen mit starken regionalen Umverteilungseffekten bereitstellen könne.

Literaturverzeichnis

- Aglietta, Michel / Leron, Nicolas** (2017): *La double démocratie. Une Europe politique pour la croissance*, Seuil.
- Algan, Yann et al 2020**: *Territoires, bien-être et politiques publiques*, Conseil d'analyse économique.
- Askenazy, Philippe / Martin, Philippe** (2015): *Promouvoir l'égalité des changes à travers le territoire*, Conseil d'analyse économique.
- Bauby, Pierre** (2015): *Territorialiser l'action publique*. In: Fondation Jean-Jaurès; <https://jean-jaures.org/nos-productions/territorialiser-l-action-publique>.
- Bouba-Olga, Olivier / Grossetti, Michel** (2015): *La métropolisation, horizon indépassable de la croissance économique ?*, Revue de l'OFCE, Nr. 143.
- Cazeneuve, Bernard** (2019): *La grande transformation écologique : un projet républicain*, in: *Le Débat*, September-Oktober 2019.
- Davezies, Laurent** (2008): *La République et ses territoires. La circulation invisible des richesses*. Seuil Paris.
- Davezies, Laurent** (2012): *La crise qui vient. La nouvelle fracture territoriale*, Seuil Paris.
- Davezies, Laurent** (2015): *Le nouvel égoïsme territorial. Le grand malaise des nations*, Seuil Paris.
- Davezies, Laurent** (2018): Réponse à l'article d'André Larceneux. In: *Revue d'économie régionale & urbaine* (4), S. 763–774.
- Djaïz, David** (2019): *Slow Démocratie. Comment maîtriser la mondialisation et reprendre notre destin en main*, Allary Éditions, 2019.
- Escudier, Alexandre** (2020): *Pour un «républicanisme soutenable»*. *Sortir du cycle néolibéral*, in: *Le Débat*, März-April 2020.
- Fourquet, Jérôme** (2019): *L'archipel français. Naissance d'une nation multiple et divisée*. Seuil Paris.
- France Stratégie** (2016): *Dynamiques et inégalités territoriales*; www.strategie.gouv.fr/sites/strategie.gouv.fr/files/atoms/files/17-27-territoires_web-ok.pdf
- Gravier, Jean-François** (1947): *Paris et le désert français*, Le Portulan, 1947
- Guilluy, Christophe** (2010): *Fracture françaises*, Flammarion, 2010
- Guilluy, Christophe** (2014): *La France périphérique. Comment on a sacrifié les classes populaires*. Flammarion 2014
- Larceneux, André** (2018): *Géographie de la production et des revenus ? Remarques critiques sur les analyses de Laurent Davezies*. In: *Revue d'économie régionale & urbaine* (4), S. 737–761.
- Le Bras, Hervé / Warnant, Archille** (2020): *Une France inégalitaire. Rapport sur les disparités socio-spatiales*, in: Le Bras, Hervé et al: *Les inégalités socio-spatiales en France et en Allemagne*. Paris, Stiftung Jean-Jaurès / Friedrich-Ebert-Stiftung 2020.
- Lévy, Jacques** (1999): *Le tournant géographique. Penser l'espace pour lire le monde*. Belin Paris.
- Ragot, Xavier** (2019): *Civiliser le capitalisme*, Fayard.
- Veltz, Pierre** (2019): *La France des territoires, défis et promesses*, Éd. de l'Aube.
- Viard, Jean** (1994): *La société d'archipel ou les territoires du village global*, Éd. de l'Aube.
- Wieder, Thomas** (2012): *Dans la France péri-urbaine, le «survote» pour le Front national exprime une colère sourde*. In: *Le Monde*, 28. Februar 2012.

ANHANG

Liste der Teilnehmer des von der Friedrich-Ebert-Stiftung Paris organisierten Seminars über territoriale Ungleichheit vom 5. November 2020:

Pierre Bauby, Vorsitzender des *Observatoire de l'action publique* der Stiftung Jean-Jaurès, Dozent und Politikwissenschaftler.

David Djaïz, Autor.

Alexandre Escudier, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungszentrum für Politikwissenschaften der Sciences Po (CEVIPOF).

Patrice Joly, Senator des Departements Nièvre.

Eric Kerrouche, Senator des Departements Landes.

Boris Le Hir, stellvertretender Leiter der Wirtschaftsabteilung des Prognoseinstituts *France Stratégie*.

Gabrielle Legeret, Strategie- und Advocacy-Beauftragte der Vereinigung *Chemins d'avenirs*.

Nicolas Leron, Forschungsmittglied des CEVIPOF/Sciences Po.

Thomas Manz, Büroleiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eulalia Rubio, Senior Fellow für Wirtschaft und Soziales sowie EU-Haushalt am Jacques-Delors-Institut.

Benjamin Schreiber, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Pariser Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Achille Warnant, Doktorand in Geografie an der Hochschule für Sozialwissenschaften EHESS, Laboratorium Géographie-Cité, Associate Expert der Stiftung Jean-Jaurès.

Weitere Publikationen des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung:

Bruno Ducoudré, Mathieu Plane, Raul Sampognaro und Xavier Timbeau

Frankreichs Recovery-Strategie

Auf dem Weg in eine klimaneutrale und digitale Zukunft?
Paris, Dezember 2020

Borgnäs, Kajsa; Kellermann, Christian

Deutschlands Recovery-Strategie

Auf dem Weg in eine klimaneutrale und digitale Zukunft?
Paris, Dezember 2020

Hadrien Clouet und Catherine Vincent

Home Office in Frankreich

Erfahrungen während der Pandemie
Paris, November 2020

Camus, Jean-Yves

Die Profiteure der Angst? Frankreich

Paris, November 2020

Simon, Edouard

Die deutsch-französischen Beziehungen

Eine Wiederbelebung in schwierigen Zeiten
Paris, November 2020

Finchelstein, Gilles

Sozial-ökologischer Block in Frankreich

Neue Perspektiven für die Präsidentschaftswahl
Paris, Oktober 2020

Maulny, Jean-Pierre

Nach dem Brexit

Europäische Sicherheitspolitik aus französischer Perspektive
Paris, September 2020

Morin, Chloé; Perron, Daniel

Für einen neuen Blick auf das Älterwerden

Überlegungen im Nachgang der Covid-Krise in Frankreich
Paris, August 2020

Bellais, Renaud

Dienstpflicht statt Wehrpflicht

Der Service national universel in Frankreich
Paris, Juli 2020

Zemmour, Michaël

Sozialpolitik und Covid-Pandemie in Frankreich

Soziale Schieflage trotz umfassender Mobilisierung des sozialstaatlichen Instrumentariums
Paris, Juli 2020

Billion, Didier

Frankreichs Mittelmeerpolitik

Ambitionierte Initiativen, überschaubare Resultate
Berlin, Juni 2020

Le Bras, Hervé und Warnant, Achille

Ungleiches Frankreich

Radiografie der sozioökonomischen und regionalen Disparitäten
Paris, Mai 2020

Laurent, Éloi

Kommunen und sozial-ökologische Wende

Erfahrungen aus Frankreich
Paris, März 2020

Bréchon, Pierre

Die Werte der Franzosen

Entwicklungen, die Anlass zu Optimismus geben
Paris, Februar 2020

Rossignol, Laurence; Fourtic, Yseline

Politische Parität in Frankreich

Was ein Gesetz kann - und was nicht
Paris, Februar 2020

Guillou, Antoine

Eine wirksame und gerechte CO₂-Steuer

Paris, Januar 2020

Gliniasty, Jean de

Die Russlandpolitik Präsident Macrons

Paris, Januar 2020

ÜBER DIE AUTOREN

Nicolas Leron ist assoziierter Wissenschaftler am Forschungszentrum CEVIPOF/Sciences Po und Gründungsmitglied des Think Tanks Eurocité. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen auf den Gebieten europäische Demokratie, rechtliche Integration der EU und sozialräumliche Ungleichheit.

Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankreich wurde 1985 in Paris eröffnet. Seine Tätigkeit zielt darauf ab, unterhalb der Ebene des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Deutschlands und Frankreichs eine Vermittlerfunktion im deutsch-französischen Verhältnis zu erfüllen. Dabei steht im Mittelpunkt, Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung sowie Akteuren der Zivilgesellschaft Gelegenheit zu geben, sich zu Themen von beiderseitigem Belang auszutauschen und die Probleme und Herausforderungen, die die jeweils andere Seite zu bewältigen hat, kennenzulernen. Deutsche und französische Partner der FES können dadurch zu gemeinsamen Positionen insbesondere zur europäischen Integration gelangen und bei der Formulierung von Lösungen für die jeweils eigenen Probleme auf vorhandene Kenntnisse und Erfahrungen des Nachbarlandes zurückgreifen. Langjährige Veranstaltungsreihen sind die Deutsch-französischen Strategiegespräche («Cercle stratégique») über aktuelle außen- und sicherheitspolitischen Themen, Jahreskonferenzen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen («Deutsch-Französischer Wirtschaftsdialog») und das Deutsch-französische Gewerkschaftsforum.

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung Paris
41 bis, bd. de la Tour-Maubourg | 75007 Paris | France

www.fesparis.org

Kontakt:

fes@fesparis.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

REGIONALE UNGLEICHHEIT IN FRANKREICH

Debatten und politische Empfehlungen



Die Debatte über regionale Ungleichheiten war in Frankreich lange Zeit geprägt von dem Gegensatz Paris vs. Provinz. Mit der gezielten Förderung regionaler Metropolen ab der 1980er Jahre wandelte er sich in einen Gegensatz zwischen dem Frankreich der Metropolen und dem sog. »peripheren« Frankreich. Dabei spiegelt diese räumliche Zäsur in der kollektiven Wahrnehmung auch soziale Disparitäten wider: was die Bewohner_innen der Metropolen gewinnen, glauben die Bewohner_innen der Peripherie zu verlieren.



Inzwischen haben sich diese Gegensätze weiter ausdifferenziert und Frankreich hat sich zu einer »Archipelgesellschaft« gewandelt, die von zahlreichen komplexen Bruchlinien durchzogen wird. In der Folge sind die sozialen Ungleichheiten je nach der gewählten territorialen Bezugsgröße sehr unterschiedlich ausgeprägt. Unterschiede innerhalb einer territorialen Einheit sind mitunter akzentuierter als Unterschiede zwischen territorialen Einheiten.



Hatte die lange verfolgte Politik der Metropolenbildung die sozialen Disparitäten zwischen Metropolen und Peripherie akzentuiert, zielen aktuelle Vorschläge zur Minderung der räumlich-sozialen Ungleichheiten zum einen auf eine Stärkung der Gebietskörperschaften und gebietsübergreifender Kooperation sowie zum anderen auf einen »territorialen New Deal«, der wieder verstärkt Investitionen in Gebiete außerhalb der Ballungsräume lenken soll.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

www.fesparis.org